

Biehl, Max

**Article — Digitized Version**

## Chinas Emanzipation von der westlichen Welt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Biehl, Max (1949) : Chinas Emanzipation von der westlichen Welt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 1, pp. 45-49

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130856>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## DOLLARSPARENDE INVESTITIONEN

Von der Ausweitung des Handels mit Dominien, Kolonien und andern Sterlingländern erhofft man eine bedeutende Dollarersparnis auf lange Sicht. Der Sterling-Bereich (ausschließlich Großbritannien) hat zwar noch ein kleines direktes Dollardefizit und bedarf eines weiteren Gold- oder Dollarzuschusses seitens Englands zur Deckung seiner Verbindlichkeiten gegenüber andern als Dollarländern, bietet aber zum Teil sehr viel größere Möglichkeiten für Dollar sparende Investitionen als die britische Industrie selbst. Produktionsförderung in Sterlingländern, vor allem in den britischen Kolonien, zwecks Erzeugung größerer Ausfuhrüberschüsse ist daher ebenso ein Ziel der englischen Exportpolitik wie die Erhöhung der britischen Ausfuhr von direkt mit Dollarwaren konkurrierenden Gütern, wie Textilien und Kraftwagen, nach britischen Überseemärkten, deren Bedarf an Dollargütern sie zu senken helfen. Obwohl die Regierung stets direkte Ausfuhr nach Nordamerika als primäre Notwendigkeit bezeichnet, mißt sie tatsächlich diesen beiden Methoden der Dollarbilanzbereinigung fast die gleiche Bedeutung bei. Sie rechnet dabei auch mit der Unterstützung der Commonwealth-Regierungen und der Tatsache, daß britische Industrielle auch heute noch das Ausfuhrgeschäft mit Dominien und Kolonien vorziehen, weil es weniger raschen Mode- und Bedarfschwankungen unterliegt als der nordamerikanische Markt. Die Erschließung neuer und Erweiterung bestehender Produktionsquellen in Sterlingländern zwecks Senkung der Dollareinfuhr ist natürlich ein Unternehmen auf lange Sicht, das bedeutende finanzielle Investitionen verlangt, bevor sich die erhoffte Dollarersparnis einstellt. Ein großer Teil der Kapitalinvestitionen im Ausland, die für das erste Halbjahr 1949 auf 180 Mill. £ netto geschätzt werden, steht mit der Erschließung neuer Produktionsquellen in den Sterling-Dominien und Kolonien in Zusammenhang. Mit Ländern außerhalb des Dollar- und Sterling-Bereichs, die nicht der OEEC angehören, hat sich die britische Handelspolitik bisher auf mehr oder weniger prekäre, oft kurzfristige Abmachungen verlassen müssen, die im ganzen Englands Dollarproblem eher verschärften. Manche dieser Länder sind Lieferanten wertvoller Rohstoffe, wie Erdöl,

und können deshalb nicht aus der britischen Einfuhr ausgeschaltet werden, oder sie verfügen über blockierte Sterlingguthaben aus der Kriegszeit, die allmählich getilgt werden müssen. Andere wünschen große Lieferungen von Kapitalgütern, benötigen aber langfristige Kredite, die über Englands jetzige Finanzkapazität hinausgehen. In Zukunft wird alles unternommen werden, um auch in diesem Feld einem Gleichgewicht näherzukommen, doch hofft man kaum, hier auf die Dauer um Gold- und Dollarverluste herumzukommen. Die unausgeglichenen Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern sind zum großen Teil daran schuld, daß Großbritannien bisher so wenig Vorteil von seinem Zahlungsüberschuß mit andern als Dollarländern gezogen hat.

### ZWANG ZUR IMPROVISATION

Warenbewirtschaftung und Quotenbeschränkungen haben sich als soviel wirksamere Mittel der Einfuhrkontrolle erwiesen als die Vorzugszölle der Vorkriegszeit, daß eine Rückkehr zu den letzten auch dann in England wenig Unterstützung finden würde, wenn sie nicht im Widerspruch zu den unter amerikanischen Führung getroffenen Vereinbarungen zur Sicherung der Handelsfreiheit stünden. Andererseits fühlt man in England, daß das System der Empire preferences, auf dem vor dem Krieg der britische Handel und schließlich das ganze Sterling-System ruhte, durch etwas anderes abgelöst werden muß, wenn Englands Zahlungsbilanz von der Notwendigkeit kleinlicher Überwachung befreit und von Dollarzuschüssen unabhängig gemacht werden soll. Enge Zusammenarbeit mit Kontinentaleuropa mag das Problem erleichtern, aber eine dauernde Lösung kann erst dann erfolgen, wenn die relativen Kosten und Preise verschiedener Wirtschaftsgebiete stabilisiert, das Preisgefälle zwischen importierten Agrar- und Rohstoffpreisen einerseits und den Erlösen für Fertigwarenxporte andererseits normalisiert und die Absatzmöglichkeiten auf den ausländischen Märkten voll entwickelt sind. Bis dahin befindet sich die britische Handelspolitik notwendigerweise in einem labilen Zwischenstadium kurzfristig wechselnder Entscheidungen. In den nächsten Jahren wird sich daran kaum viel ändern. Die Dollarknappheit bleibt das Kriterium aller handels- und zahlungspolitischen Maßnahmen.

## Chinas Emanzipation von der westlichen Welt

Dr. Max Biehl, Albulach

*Was die Wertung der britisch-europäischen, amerikanischen und russischen Behandlung des Chinaproblems betrifft, so wird auf die Ausführungen von Owen Lattimore (Solution in Asia, Boston 1947), einem der tiefsten Kenner Chinas, der keinen geringen Einfluß auf die Washingtoner Meinungsbildung haben dürfte, hingewiesen.*

Vor den letzten großen Kriegen war man es in der „westlichen“, der atlantischen Welt gewohnt, Asien nur als eine Serie zusammenhängender Hinterländer zu kolonialen oder halbkolonialen

Häfen zu betrachten. Um die Selbstachtung wiederzuerlangen, schien es für Asiaten nur den einen Weg zu geben: sich in das fremde Element einer privatkapitalistischen Verhaltensweise zu stürzen und darin das Schwimmen zu lernen. Heute kann niemand umhin, in den großen asiatischen Ländern eigene Wesenheiten mit dem Gewicht von Kontinenten zu sehen. Und um sich in der modernen Zeit zu behaupten, hat Asien zumindest die Wahl zwischen zwei Vorstellungswelten, der privatkapitalistischen und der sowjetisch-marxistischen Welt, Wer auf Grund westlicher Maßstäbe glaubt, die

Sowjetunion könne allenfalls durch irreführende Propaganda, niemals aber durch ihre wahren Taten für sich werben, ist im Irrtum. Der Uigur in Sinkiang, für den es keine Schule, keine Arzthilfe, keinen Gegenwert für die Steuern gibt, sieht drüben im stammverwandten Usbekistan technischen Fortschritt, freien Unterricht in der eigenen Sprache, freie Hochschulausbildung, gleiche Aufstiegschancen bis zu Befehlsstellungen selbst über Russen; Amerika indessen ist ihm nur ein Name ohne Inhalt. Und ähnlich ist es bei allen Asiaten, die noch wissen, was Ungleichheit des Status ist: in dem asiatischen Gärungsfelde zwischen der Sowjetgrenze und den überseeischen Mächten hat für die junge Generation das aufstrebende Sowjetasien unstreitig eine große Anziehungskraft. Kein Machtaufgebot kann dafür als Gegengewicht dienen, sondern einzig eine noch stärkere Anziehungskraft.

#### DAS REGIME DER FREMDENVORRECHTE

Das Regime der Fremdenrechte hat einst die ganze Breite der Länder von Marokko bis Japan erfaßt. Der Sinn dieser Ordnung war, den Despoten all dieser Länder die Abschließung gegen den Handel der Fremden zu verbieten, ihre Untertanen — die Hälfte der Menschheit — zu Konsumenten westlicher Fabrikware zu machen. Schöpfer des Systems der „Kapitulationen“ war in erster Linie England; doch alle übrigen Glieder der atlantischen Welt waren als dankbare „junior partners“ daran mit interessiert. Sehr früh hat Japan den Übergang aus einem Objekt zu einem „junior partner“ dieses Ordnungssystems gefunden. Der Nahe Osten hat sich nach dem ersten Weltkrieg daraus befreit. Am dichtesten gewebt und am dauerhaftesten ist das Netz der Fremdenrechte in China gewesen; den zweiten Weltkrieg hat es auch hier nicht überlebt.

In den letzten 50 Jahren der Mandschuherrschaft waren die Fremdenrechte in China begründet und ausgebaut worden.\*) Auch wohlmeinende Fremde im kaiserlichen China glaubten nicht anders, als daß den Bedürfnissen des Landes am besten gedient werde durch eine Stützung des Kaisertums mit recht vielen fremden Beratern und Bevollmächtigten, — und verstanden nicht, daß das Mandschu-Regime bereits völlig mit der Bevorrechtung der Fremden gleichgesetzt wurde. Den Sturz der Dynastie hat das System der Kapitulationen noch anderthalb Jahrzehnte praktisch ungeschmälert überdauert, bis 1927 der aufsteigende Stern Tsching

\*) Es ist wahr, die Rechtssicherheit war damals in allen betroffenen Ländern so fragwürdig, daß man — die historische Berechtigung der zwangsweisen Öffnung für den Fremdenhandel angenommen — die Konsulargerichtsbarkeit als lebensnotwendig für die Fremden bezeichnen muß. In China liegt die Quelle noch tiefer. Das vermeintlich autokratische alte China war in Wirklichkeit eher ein Bund souveräner Sippen und Gilden; der einzelne fand Rechtsschutz durch seine Sippe oder Gilde und den von diesen gewählten Mittelsmann. Der kaiserliche Beamte (kein unabhängiger Richter) hatte in Rechtsauseinandersetzungen von Sippen allenfalls als Mittelsmann zu wirken; Urteile zu fällen hatte er meist nur über sippenlose Existenzen am Rande der Gesellschaftsordnung. So erwartete man von den Gilden der Fremden — nachdem man sie einmal hatte zulassen müssen — nichts anderes, als daß auch sie wie jede anständige Sippe mit ihren Rechtsangelegenheiten selber fertig werden würden. Auch für die Begründung anderer Privilegien gab es wohl gewichtige Argumente. (Doch wie dem immer sei, heute hat die Gegenseite das Wort.)

ang Kai Scheks und der Kuomintang die Zeit der Generalswirren beendete.

Das Verhältnis der privilegierten Fremden verschiedener Nationalität untereinander war bestimmt durch das Prinzip der offenen Tür. Als es 1899 durch die USA proklamiert wurde, war es in der Praxis weder neu noch spezifisch amerikanisch, sondern ebensosehr ein britischer Grundsatz. Die spätkommenden Amerikaner stützten sich auf die Doktrin des „mir auch“, damit keine andere Kapitulationsmacht exklusive Vorrechte erlangen solle. Den Briten war die formalrechtliche Gleichstellung aller Fremden im ungeteilten Gesamtbereich Chinas durchaus recht, da sie sich stark genug fühlten, auf diese Weise in ganz China die Stellung des „senior partner“ einzunehmen. Regionale Sonderrechte wurden allein dem japanischen „junior partner“ in der Südmandschurei (1905) zugestanden, da man ihn für nützlich gegenüber Rußland und für ungefährlich hielt. Den Versuch, dies auf Schantung auszudehnen, mußte Japan prompt nach dem Erdbeben von 1923 aufgeben und sich südlich der Großen Mauer streng an die Spielregeln der internationalen Partnerschaft halten.

#### DIE ZEIT DER LIQUIDIERUNG

Nicht anders als ehemals die Taiping- und die Boxer-Bewegung, richtete sich die von Sunyatsen († 1925) und Tschiang Kai Schek geweckte Bewegung in erster Linie gegen die Fremdenrechte. Und diesmal mit Erfolg. Anfangs bediente man sich der direkten Massenbewegung des Boykotts gegen den Fremdenhandel. Später, nach dem Ausschluß der Extremisten aus der Kuomintang und der Heranziehung der chinesischen Kapitalisten westlicher Färbung, spornte man die Kompromißbereitschaft der Kapitulationsmächte mit dem Argument an, daß, wenn man nicht freiwillig der Nationalregierung das zur Beruhigung des Volkes Unerläßliche gäbe, die Kommunisten kommen und alles nehmen würden. Der Zeitabschnitt 1927—1930 war die Erntezeit der Kuomintang-Regierung auf dem Gebiet der Fremdenrechte. Mit der Rückgabe der britischen Concessions in Hankau und Kiukiang 1927 begann die Liquidierung einer Reihe von Treaty Ports bis zur Rückgabe des britischen Pachtgebietes Weihaiwei 1930. Das Gesandtschaftsviertel in Peking wurde auf kaltem Wege liquidiert. Nach der Verlegung der Zentralregierung nach Nanking blieben die fremden Gesandtschaften zunächst noch in ihrem Pekinger Dornröschenschloß und unterhielten in Nanking nur Verbindungsstellen; schließlich aber mußten auch sie sich zur Übersiedlung bequemen und ihre Privilegien dahintenlassen. 1928 wurde China die Zollsouveränität zugestanden, und mit 13 Ländern konnte es erstmals unabhängige Handelsverträge schließen. Heute sind die Einfuhrzölle von 5% bis 80% ad valorem gestaffelt. Dies hatte u. a. die Übersiedlung eines guten Teils der chinesischen Industrieunternehmen von Hongkong nach der Binnenseite der Zollgrenze zur Folge. Im ganzen gesehen waren dies zwar bedeutende Erfolge, die aber grundsätzlich an den Bestand der Fremdenrechte noch nicht rührten. Die in die Sezession gehenden Extremisten waren daher keineswegs immer nur Kommunisten, sondern auch Männer, die

sich bei dem Fortbestehen eines so wesentlichen Teils der Fremdenrechte nicht beruhigen wollten. 1930 erklärte die Nanking-Regierung ihren festen Willen, die Fremdenrechte — d. h. das System der Treaty Ports und der Konsulargerichtsbarkeit — in begrenzter Frist vollständig abzubauen. Der Ausbruch des Kampfes mit Japan, zunächst in der Mandchurei 1931 (sogleich nach der freiwilligen Unterstellung Tschang Hsüeliangs unter die Nankinger Reichszentrale), gab den Dingen eine andere Wendung. Und gab der Meinung jener Extremisten auf unerwartete Weise recht.

#### DIE JAPANISCHE TAKTIK

Von 1931 bis Pearl Harbour bestand die Taktik Japans darin, seine Befugnisse als „junior partner“ des Kapitulationssystems bis zum äußersten auszunutzen, bis zur Ausschwemmung der übrigen Partner, bis zum schreienden Mißbrauch. Die atlantischen Mächte waren in ihren Versuchen, gegen solche Selbstherrlichkeiten einzuschreiten, offensichtlich durch den Umstand gehemmt, daß sie im Prinzip die von Japan in Anspruch genommenen Rechte, ja auch ihre erweiternde Auslegung, noch nicht verneinen wollten. Die japanischen Sektoren der Fremdenstädte dienten als Asyle für chinesische politische Abenteurer und Unruhestifter; sie dienten als Aufmarschraum für japanische Streitkräfte, die die ortsanwesenden Machtmittel der auf Fernlenkung operierenden Großmächte hundertfach übertrafen; sie dienten als Ausfalltore für die japanische „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“, und die Großmächte selbst hielten, wenn auch mit geteilten Gefühlen, Wacht an den Toren gegen etwaige chinesische Übergriffe. Die ganze Lage war von solch grotesken Widersinnigkeiten verflzt. Ende 1938 standen draußen vor den Toren der Fremdenstadtteile in sämtlichen Vertragshäfen statt chinesischer Provinzgarden japanische Panzerabteilungen; und auch innerhalb der Settlementsverwaltungen wie der Seezollverwaltung suchten die Japaner, nach dem Prinzip der größten effektiven Interessen, ihren Führungsanspruch durchzudrücken.

Nach Pearl Harbour wendete sich das Blatt. Japan beschloß, in seinem China die allen Fremden zugutekommenden Privilegien zu beseitigen, so daß nur die ausschließlich japanischen Kontrollbefugnisse bestehen blieben. Japan besetzte die Fremdenstädte und unterstellte sie samt allen übrigen Reservaten der Fremden der sogenannten Souveränität der pro-japanischen Regierung in Nanking, deren Prestige im chinesischen Volke dadurch freilich nicht gehoben werden konnte.

#### TSCHUNGKING UND DER WESTEN

Gegenüber der nach Tschungking übersiedelten Regierung Tschiang Kai Scheks erklärten die USA und eine Reihe kleinerer Kapitulationsmächte sogleich ihre Bereitschaft zur Aufgabe aller Fremdenvorrechte. Und 1943 schlossen die USA und Großbritannien mit China neue Verträge auf Basis der Gleichberechtigung. In diesen wurde auf die Konsulargerichtsbarkeit und alle sonstigen Privilegien der Fremden und Beschränkungen der chinesischen Sou-

veränität verzichtet. Zugleich wurden das internationale Settlement von Schanghai und die übrigen Fremdenstädte offiziell aufgegeben, d. h. man versagte sich im voraus ihre Wiederherstellung nach dem Siege über Japan. Demgemäß hat 1945 die Kuomintang-Regierung in die unverkürzten Souveränitätsrechte eintreten können.

Die Fremdenprivilegien in China wären in der heutigen Weltlage keinesfalls zu halten gewesen, daran besteht kein Zweifel. Amerika verfolgt die Politik der asiatischen Gleichberechtigung konsequent bereits seit der Verselbständigung der Philippinen in festgelegtem Zeitmaß ab 1934; wie stark dabei auch das Interesse der amerikanischen Zuckerrübenfarmer an einer Eindämmung der philippinischen Rohrzuckerlieferungen mitgespielt haben mag, immerhin fand sich zum erstenmal eine Großmacht zur freiwilligen Aufhebung einer Kolonialherrschaft bereit. Großbritannien hat sich die zwingenden Gedankengänge, die dieser Politik zugrundeliegen, zu eigen gemacht, wie sein Handeln gegenüber Burma, Indien, Ceylon bewiesen hat. Amerika in seiner neuen Weltstellung sucht seine Asienpolitik für alle interessierten Kolonialmächte verbindlich zu machen. Ihnen, für deren volkswirtschaftliches Gleichgewicht die asiatischen Positionen unvergleichlich mehr bedeuten als die Philippinen für Amerika, möchte man wohl Zeit für die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Umstellungen lassen. Doch soll die Freigabe Asiens rasch genug vonstatten gehen, daß nicht der Nutzen für das unteilbare Gesamtprestige der westlichen Welt durch die Verzögerung zunichte wird.

Im Falle Chinas fiel der Verzicht auf alle Privilegien nicht schwer, da man in der Person des Marschalls Tschiang Kai Schek die Gewähr sah, daß China aus eigener Überzeugung den Weg der westlichen Orientierung weiterverfolgen würde. Vor dem Kampf mit Japan hatte die Kuomintang-Regierung schon bewiesen, daß sie zur Schaffung eines modernen Rechtsstaates imstande war, unter dessen Zuständigkeit zu leben für die Angehörigen der westlichen Welt keine untragbare Zumutung mehr wäre. (Schließlich haben die Deutschen in China seit 1918 ohne das besondere Fremdenrecht leben müssen und haben auch gelebt — bis sie während des zweiten Weltkrieges von der Regierung Tschiang Kai Schek enteignet wurden.)

#### DIE DROHENDEN VERLUSTE

Ein ganz anderes Gesicht bekommt die Sache, wenn der Gegenspieler nicht Tschiang Kaichek heißt, sondern Mao Tse tung, sei es mit einer rein kommunistischen Regierung, sei es mit einer Koalitionsregierung unter kommunistischer Führung. Die Maßstäbe der allgemeinen Rechtsordnung und insbesondere des Ausländerrechts werden nicht die gleichen sein wie in der atlantischen Welt. Und der verstärkte Zug zum Staatsinterventionismus und Staatskapitalismus wird das praktische Tätigkeitsfeld der fremden Unternehmungen zweifellos einengen, auch wenn das neue Regime auf die Mitwirkung des Fremdkapitals nicht zu verzichten wünscht. In einem Punkt hat sich die nun in Peking installierte kommunistische Regierung offen erklärt: Die „verräte-

rischen Verträge“ der Kuomintang-Regierung würden nicht anerkannt werden. Das kann sich kaum auf etwas anderes beziehen als auf die Hilfsanleihen der USA, die von den Kommunisten als interventionistische Zuwendungen ohne Verbindlichkeit für die siegende Gegenseite aufgefaßt werden.

Es handelt sich um keine Kleinigkeiten, gemessen an den alten Außenschulden Chinas. 1937 betrug diese 48 Mill. £, 100 Mill. \$ und verschiedene andere Posten, insgesamt den Gegenwert von etwa 380 Mill. \$. Nur ein Drittel war durch die Seezölle gesichert. Auf die übrigen waren Zinsrückstände von ungefähr 90 Mill. \$ aufgelaufen. Die Streichung der restlichen Boxer Indemnities 1943 (von denen übrigens die amerikanische Quote seit 1908, die englische seit 1925 nur noch für kulturelle Zwecke zugunsten Chinas verwendet wurden) und der Wegfall der Verbindlichkeiten gegenüber den Achsenmächten hat den Betrag der alten Schulden einschl. Zinsrückständen auf etwa 300 Mill. \$ reduziert. Von 1937 bis 1944 nun hat die Nanking-Regierung folgende Regierungskredite erhalten: 200 Mill. £, 1050 Mill. \$ und Leihpachtlieferungen für 1600 Mill. \$, auf deren Rückzahlung nicht gerechnet wird. Weiter seit Kriegsende: rückzahlbare Kredite von 213 Mill. \$, UNRRA-Lieferungen, War Surplus Materials und ERP-Lieferungen von 1600 Mill. \$, auf deren Rückzahlung nicht gerechnet wird. Diese Summen müssen wohl gänzlich abgeschrieben werden. Nicht daß den Amerikanern diese Wendung unerwartet käme. Seit langem haben sie auf die verhängnisvolle Entfremdung zwischen Kuomintang und Volk hingewiesen, die sich im Laufe des Japankrieges seit 1938 eingestellt hatte: Die chinesischen Kapitalistenkreise aus den Häfen hatten Besitz und Einfluß verloren, der wachsende staatskapitalistisch-bürokratische Apparat in Tschungking wurde immer einseitiger von Söhnen der Grundbesitzerschicht besetzt, die ihre Klasse in aufreizender Weise begünstigt haben; sich von dieser gefährlichen Gefolgschaft zu lösen, ist Tschiang Kai Schek nie mehr gelungen. Das verschaffte den Kommunisten Chinas immer breiteren Zulauf. Und die Gegenrechnung bestand in einer Kapitalflucht, meist nach Hongkong, die auf mindestens 300 Mill. \$ jährlich geschätzt wird und alle Dollarhilfe illusorisch gemacht hat. Fast 1000 chinesische Fabriken sind nach Hongkong übergesiedelt; und die schwarzen Devisen, die sich aus Falschdeklarationen der Ausfuhr-güter ergeben, werden in Hongkong in Gold zum Vergraben umgesetzt. Nur mit dem offenen Protektorat wäre der bisherige amerikanische Einsatz zu erhalten gewesen. Man hat sich entschieden, statt dessen auf Kompromißwilligkeit des kommunistischen Regimes in China zu setzen.

Voraussichtlich wird dabei neben den Staatskrediten noch manch andere Position abzuschreiben sein. Zwar hält man sich an die Überzeugung, daß auch ein kommunistisches China den Überseehandel schätzen und entwickeln werde. Das mag grundsätzlich zutreffen. Was an China gelockt hat, war ja immer nur das Außenhandels-Potential. Das kann man nicht beziffern. Es ist sehr wohl möglich, daß das neue Regime in Peking eine positive Wirt-

schaftspolitik entwickeln wird, die normalerweise mit einem vervielfachten Außenhandelsumsatz verknüpft sein könnte, und die Amerikaner begrüßten die ersten Anzeichen, daß die Peking-Regierung Interesse für den überseeischen Außenhandel zeigte. Die entscheidende Frage ist nun, ob und wie weit Rußlands Einfluß und wirtschaftliche Organisationskraft ausreichen, China in den Bereich des Molotowplanes einzubeziehen, dessen Ziel der Ersatz der atlantischen Handelsbeziehungen durch kontinentale ist. Die Absicht ist unzweideutig aus den Fünfjahresplänen für Polen und die Tschechoslowakei zu ersehen. Es ist unverkennbar, daß die Mandschurei in den Molotowplan einbezogen ist. Die Sojabohnenausfuhr geht praktisch vollständig über die Landgrenze, um die Fett- und Eiweißstücke in der Sowjetunion füllen zu helfen, die durch den erneuten katastrophalen Schwund des Viehbestandes infolge des Krieges (aber nicht nur in den Kriegsgebieten) entstanden ist. Und sicherlich wird die Sowjetunion — mit oder ohne Rubel-Währungsblock — in ganz China ein Vorkaufsrecht genießen.

Ohne Zweifel werden die privaten fremden Wirtschaftsinteressen von der Verschärfung des staatskapitalistischen Kurses betroffen werden. Wie in allen sich emanzipierenden Ländern Asiens war der Hang zum Staatskapitalismus schon bei der Kuomintang stark ausgeprägt. Man denke nur an die China Textile Industries Inc., den Staatstrust für die aus japanischem Besitz übernommenen 40% der Baumwollindustrie von China. Notwendig muß diese Tendenz unter kommunistischer Führung zunehmen. Und selbst ohne jede ausdrückliche Benachteiligung der fremden Privatunternehmen dürften diese in solchem Klima schwerlich ebenso gut gedeihen wie ehemals. Das in China arbeitende amerikanische Privatkapital, früher nicht eben umfangreich, ist während des Krieges so vermehrt worden, daß es das britische Privatkapital in China (ohne Hongkong!) überflügelt hat; doch schon seit einiger Zeit ist eine Neigung zum Abwandern in ein zuträglicheres Klima zu verspüren. England hat dank seiner „Wechselstellung“ Hongkong stets mit einem gewissen Risikoausgleich rechnen dürfen: Herrschte Ordnung in China, gedeihen die Unternehmungen dort; war die Ruhe gestört, pflegte sich um Hongkong ein fiebriges Leben zu entfalten. Die Zukunft dieses einzigartigen Platzes abzuschätzen, erscheint kaum möglich.

Auf der Jahresversammlung der Hongkong & Shanghai Banking Corporation im März 1949 erklärte der Chairman, Mr. A. Morse: „Solange man sich erinnern kann, ist China stets von inneren Unruhen geplagt gewesen, und dennoch ist der Handel weitergegangen, und zwar nicht unlohnend, sondern recht lukrativ. So war's in der Vergangenheit. Doch die wilden Flammen, die jetzt das politische und wirtschaftliche Gebäude Chinas einhüllen, sind möglicherweise verhängnisvoll für den Fremdenhandel, im Gegensatz zu allen Vorgängen seit der Niederlassung der Fremden auf chinesischem Boden. Alle, die in China mit dem Außenhandel zu schaffen haben, müssen sich auf eine völlig neue Situation gefaßt machen und müssen ihr Verhalten in den nächsten Jahren den

Umständen ohne jede anleitende Präzedenz anpassen. Doch glaube ich nicht, daß fremde oder chinesische Kaufleute mit Erfahrungen im Chinahandel in Verzwweiflung ihre Zelte abbrechen werden.“ Immerhin — die Hongkong & Shanghai Banking Corporation verkleinert ihren Angestelltenstab in Schanghai und Innerchina und vergrößert sich in Südostasien.

## Gegenwartsprobleme der westdeutschen Margarineindustrie

Die durch den Kriegsausbruch 1939 hervorgerufene Abschnürung der Industrie von ihren überseeischen Rohstoffquellen sowie das rasche Ansteigen der Buttererzeugung infolge der allgemeinen Milchentrahmungen führte vom Juni bis zum September 1940 zur vorübergehenden Stilllegung sämtlicher Margarinefabriken. Im weiteren Verlauf des Krieges blieben von ursprünglich 146 Betrieben nur noch 33 übrig, und bei Kriegsende waren in der britischen Zone nur neun und in der amerikanischen drei Margarinefabriken im Betrieb. Die durch Kriegseinwirkung verursachten Zerstörungen, die bei manchen Werken erheblich waren, während andere kaum betroffen wurden, sind heute bis auf wenige Ausnahmen durch Wiederaufbau behoben worden.

Nach dem Krieg blieb die Margarineproduktion zunächst auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Industrie war weiterhin von ihren ausländischen Lieferanten abgeschnitten, während inländische Ölsaaten nur in ganz unzureichenden Mengen anfielen. Die aus der

Kriegszeit herübergeretteten Rohstoffvorräte waren trotz Streckung bis Mitte 1947 aufgebraucht. Angesichts der geringen Produktionsmöglichkeiten wurden im Raume der Bizone anfänglich nur zwölf Fabriken zugelassen. Wie im Kriege hatten die arbeitenden Betriebe an die stillgelegten Werke Ausgleichszahlungen zu leisten, mit deren Hilfe diese sich für den Tag, an dem wieder umfangreiche Rohstoffzuteilungen erfolgen würden, produktionsfähig halten sollten. Im Frühjahr 1948 wurden erstmalig größere Zufuhren von ausländischen Ölen und Ölsaaten angekündigt.

Die Zahl der in der Bizone arbeitenden Margarinefabriken erhöhte sich seit Mitte 1948 nach und nach auf den gegenwärtigen Stand von 59. Zur Zeit schweben Verhandlungen über die Einschaltung von weiteren fünf bis sechs Fabriken in die Produktion. Grundlegend für den strukturellen Aufbau der deutschen Margarineindustrie ist die Zweiteilung in konzerngebundene und freie Werke. Auf der einen Seite steht die in der Margarine-Union des britisch-holländischen Unileverkonzerns zusammengefaßte Fabrikengruppe. Dieser internationale Konzern verfügt zur Zeit in der Bizone über fünf große Fabriken der Margarineindustrie. Drei weitere Werke stehen ihm als befreundete Firmen nahe. Demgegenüber steht die große Zahl der 51 konzernfreien Fabriken. Die gesamte Margarineindustrie der Bizone ist im Margarine-Verband zusammengefaßt. Standortmäßig liegt das Schwergewicht der Industrie im Hamburger und Schleswig-Holsteiner Raum sowie im Rheinland. In der US-Zone befinden sich nur fünf Margarinefabriken.

Bereits kurz nach dem Zusammenbruch wurde zwischen den beiden großen Produzentengruppen ein gentlemen's agreement abgeschlossen, wonach die Produktion kontingentmäßig dergestalt aufgeteilt wurde, daß 60 % auf die Unilever-Gruppe und 40 % auf die freien Fabriken entfielen.

Der Produktionsanteil von 60 %, der den in der Margarine-Union zusammengefaßten Werken vorbehalten blieb, wurde zwischen den eigentlichen Konzernfabriken und den befreundeten Firmen derart aufgeteilt, daß auf die Union 50 % und auf die befreundeten Werke 10 % der Gesamtquote entfielen. Diese Kontingentierung wurde Ende 1948 aufgehoben. An ihre Stelle trat am 1. 1. 1949 das sogenannte System des Bezugscheinrücklaufs.

Im Zuge der behördlichen Marktauflockerungstendenzen mußte auch die Zuweisungspraxis der raffinierten Öle und Fette folgerichtig geändert werden. Ab 1. 6. 1949 haben die Margarinefabriken auf Grund eines neuen Erlasses der VELF die Möglichkeit, sich ihre Rohstofflieferanten selbst auszuwählen. Als notwendige Ergänzung zum Bezugscheinrücklaufsystem und zur Herbeiführung eines gesunden Wettbewerbs zwischen den Firmen hielten die VELF wie auch die Industrie selbst die gleichzeitige Wiedereinführung der Markenkennzeichnung für unbedingt erforderlich. Die Verordnung vom September 1939, nach der nur noch die Einheitsbezeichnung „Tafelmargarine“ für die gesamte Margarineindustrie gestattet war, wurde aufgehoben. Die

### Versorgung der Bizone

#### mit Ölmühlen- und Margarinerohstoffen

Einfuhr 1948	
Erdnußkerne	104 160 t = 43 750 t Ölgehalt
Sesamsaat	4 232 t = 2 031 t „
Baumwollsaat	3 414 t = 614 t „
Palmkerne	4 985 t = 2 245 t „
Kopra	26 615 t = 16 511 t „
Senfsaat	253 t = 53 t „
Sonnenblumenkerne	4 464 t = 1 205 t „
Sojabohnen	509 t = 81 t „
Saaten insgesamt	148 632 t = 66 490 t Ölgehalt
Kokosfett	16 155 t Ölgehalt
Sojaöl	6 645 t „
Sonnenblumenöl	1 899 t „
Palmöl	6 497 t „
Erdnußöl	85 t „
Walöl	24 485 t „
Robbentran	153 t „
Heringsöl	8 893 t „
Einfuhr insgesamt	131 302 t Ölgehalt
Eigenerzeugung 1948	
Raps	24 034 t
Mohn	1 121 t
Leinsaats	863 t
diverse Saaten	34 t
Maiskeime	26 195 t
Saaten insgesamt	52 247 t
Ölgehalt	12 326 t